

Rote Punkte ...

AUF DIE PLÄTZE, FERTIG, GRÜN? DIE ÖFFI-TARIFREFORM 2012

Hat die „Regierungs-Performance“ der Blassrot-Grünen Rathauskoalition bisher vor allem einen Teuerungsschub gebracht, hofften manche noch auf einen „größeren Wurf“ bei den Tarifen der Wiener Linien. Waren die Wiener Grünen im vergangenen Wahlkampf doch mit Slogans wie „Neues Öffi-Tarifmodell: 100 Euro im Jahr, 10 Euro im Monat, 1 Euro pro Tag“ an den Start gegangen. Und das nicht versteckt in irgendwelchen Programmen, sondern prominent auf den Plakaten. „Auf die Plätze, fertig, Grün!“, so wollten die Grünen in „Bestzeit“ zur „Klima-Metropole“:



Das Ergebnis (siehe Kasten) spricht eigentlich für sich. Die Tarifsenkungen für Zeitkarten werden wohl zum größten Teil aus den Erhöhungen bei den Einzel-, 8-Tages- und Wochenkarten finanziert. Der Einzelfahrschein wurde damit in den letzten 12 Jahren übrigens um 65% teurer.

Wann denn endlich?



Dass damit ein nennenswerter Anreiz zum Umsteigen geschaffen wird, muss bezweifelt werden. Aus ökologischen und verkehrspolitischen Gründen wäre aber genau das notwendig. Gravierende soziale Missstände werden ebenso nicht behoben. Die langjährige Forderung beispielsweise des Augustin nach Freifahrt für Obdachlose, Arme und Asylwerber_innen war niemals Thema. Für Studierende - schwer getroffen durch die Streichung der Familienbeihilfe - bringt die Reform keine Entlastung.

Für Menschen, denen Monat für Monat nichts im Börstel bleibt, sind sowieso auch 365 € unerschwinglich. € 100 für die Jahreskarte war also plakatiert. Das einzige, das jetzt € 100 kostet, ist das „Schwarzfahren“ - ein schlechter Witz! Betroffen sind bisher schon vor allem Arme, bei denen mit dem Hebel von Inkassobüros leicht Unsummen aus der ursprünglichen Forderung werden. Sozialberatungsstellen können ein Lied davon singen, wie viele Menschen wegen „Schwarzfahren“ in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Das ist auch ein weiterer Ausschluss von Menschen aus dem öffentlichen Verkehr und Raum. Erinnert seien hier die disziplinierenden Durchsagen in den U-Bahnen, Bettler_innen nichts zu spenden, oder die Debatte um gewünschte und unerwünschte Lebensmittel in Öffis... Nicht nur im Bereich der Tarife ist Wien also eine verkehrspolitische Baustelle. Aus fortschrittlicher Perspektive ist aus all diesen Gründen (Verkehr, Soziales, Ökologie)

FREIFAHRT AUF ALLEN ÖFFIS NOTWENDIG.

Freifahrt für Alle entspricht unserem Begriff von Mobilität als Menschenrecht und ist ein richtungsweisender sozial-ökologischer Entwurf, für den die KPÖ weiter streiten wird. Die grüne Wahlkampfforderung (€ 100 | 10 | 1) wäre zumindest ein Schritt in die richtige Richtung gewesen. Die Tarifreform 2012 ist von all dem jedoch so weit entfernt, dass zu Recht von einem gebrochenen Wahlversprechen und einem Armutszeugnis für die Grünen in der Stadtregierung gesprochen werden kann.

Florian Birngruber ★

Tarifreform 2012	vorher	ab 1.5.2012	Wahlversprechen
Jahreskarte	449,00 €	365,00 €	€100 im Jahr
Monatskarte	49,90 €	45,00 €	€10 im Monat
8-TagesKarte	28,80 €	33,80 €	
Wochenkarte	14,00 €	15,00 €	
Einzelfahrt	1,80 €	2,00 €	€1 am Tag

IN EIGENER SACHE: ALTERNATIVEN GIBT ES FÜR UNS NICHT

Gaddafi & Mubarak sind Geschichte, in New York gibt es große Proteste gegen das „Wall-Street-Regime“, während zugleich der US-Präsident seine Reformvorhaben gegen das konservative Establishment nicht durchsetzen kann. In Griechenland folgt ein Streik dem nächsten – wie es scheint ohne große Aussicht auf Erfolg.

Die EU-Kommission macht sich für die Einführung einer Finanztransaktions-Steuer stark und zugleich segnet eine Mehrheit im EU-Parlament das „Economic Governance“ Paket ab, welches der EU-Kommission weitreichende Durchgriffsrechte auf finanz- und wirtschaftspolitische Entscheidungen der einzelnen Mitgliedsstaaten ermöglicht. Und in Österreich streiken – *erstmalig nach 25 Jahren* – die Metall-ArbeiterInnen. Wir leben in bewegten Zeiten, so viel ist gewiss.

Die KPÖ-Wien ist heute handlungsfähiger als in der Zeit unmittelbar nach der Enteignung durch den deutschen Staat, in welcher wir zusätzlich durch die permanente Fraktions- und Verleumdungstätigkeit eines kleinen Grüppchens von „Marxismus-Leninismus-Exegeten“ in unserer unmittelbaren Fähigkeit politisch zu intervenieren gehemmt waren. Viele Neubetriebe in den letzten Jahren und viel Aktivität von Parteimitgliedern zeigen, dass wir auf dem richtigen Weg sind – wenn auch unsere Möglichkeiten den Anforderungen der bewegten Zeiten bei weitem nicht gerecht werden.

Nachdem ich über mehr als 6 Jahre hindurch – *neben vielen anderen Tätigkeiten* – auch für die politische und gestalterische Umsetzung der „Roten Punkte“ verantwortlich zeichnete, ist die

ZEIT FÜR EINEN WECHSEL

und für Veränderung gekommen, womit ich mich vermehrt ande-

ren ebenfalls wichtigen Aufgaben zuwenden kann. Genosse Florian Birngruber, der von der Stadtleitung einstimmig zum Verantwortlichen für die „Roten Punkte“ bestellt wurde, wird – unterstützt von Genossin Jennifer Zack im Bereich der Grafik und des Layouts – nach bestem Wissen und Gewissen versuchen, die „Roten Punkte“ lesenswerter, interessanter und attraktiver zu machen, denn

DIE WICHTIGSTE RESSOURCE UNSERER PARTEI SIND WIR

- die Mitglieder und AktivistInnen der Partei. Wohin die Reise geht, zeigt ja diese Nummer, die Euch hoffentlich schon so beeindruckt wie mich.

Zurück zu den bewegten Zeiten: Politisch höchst interessierte Menschen fragen immer wieder, welchen Sinn es hat, bei Wahlen für die KPÖ zu votieren, wenn Nationalratsmandate (*aufgrund eines sehr undemokratischen Wahlrechts*) in weiter Ferne sind und damit ohnedies realpolitische Einflussnahme nicht möglich sei. Und gefragt wird, wer die zumeist guten Ideen realisieren soll, wo doch die KPÖ nicht einmal im Parlament vertreten ist. Ob solch Sichtweisen, die selbst in linken Zusammenhängen immer wieder zu hören sind, nur Realismus widerspiegeln oder dem kurzen Langzeitgedächtnis vieler Menschen geschuldet sind, sei dahingestellt. Dass viele sozialpolitische Errungenschaften, die uns eine Selbstverständlichkeit sind, erst durch kontinuierlichen und

massenhaften Druck von Links Realität wurden, lässt sich aber sehr leicht beweisen. Der Achtstundentag, das Arbeiterurlaubsgesetz, das Betriebsrätegesetz, die Einrichtung der Arbeiterkammern in Österreich sind die Folge der Oktober-Revolution in Russland und des Aufkommens der revolutionären Massenbewegung in ganz Europa. Dass die SPÖ in Wien nach jahrzehntelangem Drängen der KPÖ im Jahr 2009 – *wenn auch vor allem aus wahltaktischen Gründen* – endlich den Gratis-Kindergarten realisiert hat, sollten wir ebenfalls nicht vergessen. Und genau so sollten wir uns wieder daran erinnern, dass erst unter maßgeblichem Anteil der KPÖ jene Strafrechtsreform durchgeführt wurde, die es Frauen im Jahr 1974 endlich ermöglichte, einen Schwangerschaftsabbruch vorzunehmen.



So bleibt mir „nur“ zu „*appellieren*“, dass wir alle gemeinsam auch in politisch bewegten Zeiten „*die Mühen der Ebene*“, von welchen Bert Brecht einst sprach, weiter auf uns nehmen. Alternativen gibt es für uns, die wir uns nach einer besseren und gerechteren Welt sehnen, ohnedies nicht – so meine feste Überzeugung.

Didi Zach | *Landessprecher der KPÖ-Wien* ★

PRODUKTIVITÄTSGEWINNE BLEIBEN WIEDER IN DEN TASCHEN DER UNTERNEHMER_INNEN

Unzufrieden mit dem Lohnabschluss der Metallindustrie ist der Bundesvorsitzende des Gewerkschaftlichen Linksblock (GLB), denn es wäre mehr möglich und vor allen Dingen notwendig gewesen. (www.glb.at)

„Die durchschnittlich 4,2 Prozent-Erhöhung bedeutet bei einer 3,6 prozentigen Inflationsrate netto nur die Inflationsabgeltung. Die beträchtlichen Gewinne aus der enorm gestiegenen Produktivität fließen wieder einmal zu hundert Prozent in die Taschen der Unternehmer_innen“, so Stingl. Selbst IHS-Wirtschaftsforscher Ulrich Schuh meinte noch am Wochenende, dass für ihn die Gewerkschaftsforderung nach 5,5 Prozent mehr Lohn „*nachvollziehbar*“ ist, da u.a. die Lage der Metallindustrie heuer prächtig war. „*Etwas positiver*“ bewertet der Linksgewerkschafter die Umstände, dass für die unteren Einkommensbezieher_innen ein höherer Abschluss erzielt wurde und dass die Anrechnungszeiten der Elternkarenz ausgedehnt wurden. Insgesamt stehen aber GPA-djp und PRO GE mit diesem doch eher mageren Verhandlungsergebnis vor einem gravierenderen Problem: Haben sie doch noch vor wenigen Tagen über 100.000 der 165.000 Metallarbeiter_innen und -angestellten (*durchaus berechtigt*) für „*plus 5,5 Prozent*“ streiken lassen und jetzt liegt das ausverhandelte Ergebnis um mehr als ein Fünftel unter diesem Wert. „*Jetzt zur Tagesordnung überzugehen und das Ergebnis ohne Zustimmung der zum Arbeitskampf bereiten Kolleg_innen zur Kenntnis zu nehmen, wäre für mich ein gewerkschafts- und demokratiepolitisch unwürdiges Spiel - eine neuerliche Vertrauenskrise zwischen Gewerkschaft und Mitgliedern ist zu befürchten. Daher eine sofortige Urabstimmung über den vorliegenden Metall-Lohnabschluss!*“ fordert abschließend Josef Stingl.



HUNDERTTAUSENDE DEMONSTRIERTEN RUND UM DEN GLOBUS FÜR GLOBALEN WANDEL

Hunderttausende sind am Samstag den 15.10. weltweit auf die Straße gegangen, um gegen die Auswüchse des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus zu demonstrieren. In Österreich gab es Proteste in Graz, Innsbruck, Salzburg, Linz und Wien.

Erfreut über die internationale Entwicklung zeigt sich Didi Zach. „Wir sehen die größte globale Protestbewegung seit den Anti-Kriegs Demonstrationen im Jahr 2003. Es zeigt sich immer deutlicher, dass viele Menschen nicht mehr gewillt sind, die unmenschlichen Resultate des Kapitalismus widerspruchslos zur Kenntnis zu nehmen.“ Die General Assembly, die am Abend am Heldenplatz stattfand, zeigte, wie tief grundsätzliche Kritik am Kapitalismus in weiten Teilen der Gesellschaft verankert ist. Jedoch wurde auch offensichtlich, wie diffus teilweise die Vorstellungen mancher Protestierender sind. Wer z.B. den Egoismus aller Menschen als Ursache allen Übels interpretiert, verkennet, welche Strukturen zu bekämpfen sind und welche Gruppen vom Status Quo profitieren.



HIER
WIRD
GESTREIKT!

BEZIRKSSPLITTER

Leopoldstadt. Mehr als 1000 Unterschriften gegen Postamtschließungen wurden bisher gesammelt. Auf Antrag der KPÖ hat die Bezirksvertretung eine Bürger_innenversammlung beschlossen: Einen konkreten Termin dafür gibt es allerdings noch immer nicht... KPÖ und PolDi setzen daher die Initiative fort. (red)

Margareten. Die KPÖ-Margareten bekommt seit sie in der Bezirksvertretung vertreten ist häufiger Besuch von interessierten Margaretner_innen. Ein guter Anlass, um den in die Jahre gekommenen Sitzungs- und Veranstaltungssaal im Parteilokal zu renovieren. Viele Bezirksaktivist_innen haben geholfen, um einen helleren und freundlichen Rotpunkt zu schaffen. (KP-M.)

Donaustadt. Aufgeschoben, aber nicht aufgehoben ist der geplante Bau der Lobau-Autobahn. Lediglich eine Volksbefragung sollte es vor einer Entscheidung geben, so der Wunsch der Grünen. Für 6 Wochen ab dem 18.10. liegt nun die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) öffentlich auf. Die vielfältigen Autobahngegner_innen wie auch die KPÖ wollen jetzt verstärkt gegen das „*Milliardenloch*“ auftreten. Eine Petition kann unter www.zukunftstatt-autobahn.at unterzeichnet werden. (red)



